

Wessen Stadt?

Aufwertung. Verdrängung. Kämpfe!



Überarbeitete Auflage 2018



Diese
wir
ü



Inhalt

Einleitung	4
Der ganz normale Wahnsinn	6
Verdrängung als Folge von Aufwertung	8
Die Logik des Kapitalismus	10
Politik und Staat	12
Klassenkampf von oben	14
Was tun?	16
Über uns	18

WESSEN STADT?

Reader der Initiative Klassenkampf zu Aufwertungs-
und Verdrängungsprozessen im urbanen Raum

2. Vollständig überarbeitete Auflage; November 2018;

V.i.S.d.P: Friedrich Gerber, Theodor-Heuss-Str. 7; Stuttgart

Kontakt: Initiative Klassenkampf c/o Politbüro, Böblingerstrasse 105, 70199 Stuttgart
initiative.klassenkampf@gmx.de | initiativeklassenkampf.wordpress.com



Eigentumsvorbehalt bei Lieferungen an Insassen von Vollzugsanstalten:
Diese Broschüre ist so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich
ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des
Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem
Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Einleitung

Der Wohnungsmarkt in Stuttgart ist der zweit teuerste in Deutschland. Viele Normalverdienende leben in Angst wegen Luxussanierungen gekündigt zu werden oder sich die nächste Mieterhöhung wegen (unnötigen) Renovierungen nicht mehr leisten zu können. Die Konsequenzen der Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt sind Verdrängung aus Stadtteilen, die oft über Jahrzehnte ein Zuhause waren, längere Fahrtwege oder alternativ Job-, Kita- und/oder Schulwechsel. Für Geringverdienende wird die Wohnungssuche zur schier unlösbaren Herausforderung, während sich Immobilienbau- und Wohnungsunternehmen eine goldene Nase verdienen.

In Stuttgart laufen seit Jahren etliche solcher Umstrukturierungsprozesse. Beispielsweise die Aufwertung von Wohnraum durch die Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft (SWSG), der Neubau von Einkaufszentren und nicht zuletzt Stuttgart 21 als Baulandbeschaffungsprojekt. Viele Stadtteile sind betroffen: Der Stuttgarter Süden, wo das Gebiet rund um die Böblinger Straße umgestaltet wird, Zuffenhausen mit dem Abriss der Kellersiedlung, der Hallschlag mit den „Modernisierungen“ der SWSG Häuser genauso wie das Nordbahnhofviertel, in dem das Wohnungsunternehmen Vonovia ganze Häuserblocks aufwertet.



Die Prozesse auf dem Wohnungsmarkt laufen über Jahre und Jahrzehnte; die politischen Grundsteine für die aktuellen Umstrukturierungen mit ihren verheerenden Folgen wurden bereits in den 1980er- und 1990er-Jahren gelegt. Zur aktuellen Situation lässt sich feststellen:

- >> Immobilienpreise steigen, privatwirtschaftliche und öffentliche Konzerne erwirtschaften erhebliche Gewinne
- >> Die Mieten werden nach oben getrieben, MieterInnen sind gezwungen immer mehr zu bezahlen
- >> „Der Markt soll es richten“: Die politischen Akteure sind weder fähig noch willens das Problem ernsthaft zu lösen

Die Probleme, die derzeit auf dem Stuttgarter Wohnungsmarkt, genauso wie in vielen anderen deutschen Großstädten, in zunehmender Härte zu Tage treten, sind kein Zufall. Sie resultieren aus den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen. Wenn wir sie verstehen möchten, müssen wir die Zusammenhänge betrachten und die dahinterstehenden Interessen analysieren. Diese Broschüre soll einen kleinen Beitrag hierzu leisten.



Der ganz normale Wahnsinn

In Städten wie Hamburg, Frankfurt, München und Stuttgart ist Mietraum nicht erst seit gestern teuer. Für Menschen mit geringem Einkommen ist es schon lange schwer geeigneten Wohnraum zu finden. In den vergangenen Jahren hat sich diese Problematik allerdings deutlich verschärft.

Ein Hauptgrund ist eine Wohnungsbaupolitik in Deutschland, die auf den Rückzug des Staates in Form von sozialem Wohnungsbau und öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften setzt und gleichzeitig die Bedingungen für das Geschäft mit Immobilien erleichtert. Bundesweit hat sich so zwischen 2002 und 2017 die Anzahl der Sozialwohnungen mehr als halbiert, von ehemals 2,5 Millionen Sozialwohnungen auf 1,2 Millionen. Kommunalpolitisch wurde das Problem lange Zeit ignoriert beziehungsweise durch neoliberale Stadtpolitik weiter verschärft. Etliche Wohnungsbaugesellschaften wurden privatisiert und auch bei den Trägern in städtischem Besitz stehen die Gewinninteressen im Vordergrund um kommunale Haushaltslöcher zu stopfen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft (SWSG), die in der Vergangenheit ihre Mieten alle drei Jahre um zehn Prozent erhöhte, bis sie auf politischen Druck hin diese 2016 zuletzt auf sechs Prozent begrenzte und wird eine Erhöhung 2018 zum ersten mal ausgesetzt.



Auch wenn man sich die Preise für Neuvermietungen, die Angebotsmieten, anschaut, wird deutlich, dass sich der Stuttgarter Wohnungsmarkt in einer Aufwärtsspirale befindet. Diese sind zwischen 2009 und



Bes-

2017 um 40 Prozent gestiegen. Oftmals müssen bis zu 20 Euro pro Quadratmeter bezahlt werden. Auch die Bestandsmieten sind von Preissteigerungen betroffen. Über oft unnötige Modernisierungen versuchen sowohl große Konzerne wie Vonovia, als auch die städtische SWSG die Mieten so weit nach oben zu treiben, dass sie den wachsenden Renditeerwartungen ihrer Aktionäre gerecht werden können. Denn die Kosten für die Modernisierung können auf die Miete umgelegt werden. Ist die Modernisierung dadurch für den Eigentümer wieder refinanziert, kann er den Mietaufschlag beibehalten und streicht ihn fortan als Reingewinn ein.

Außerdem ist die Entmietung ganzer Häuser oder Wohnblöcke zur Generalsanierung oder Abgängiges Mittel zur Schaffung von neuem, teurerem Wohnraum. Vordem Hintergrund der Wohnraumknappheit ist die Angst vor einem Verlust der eigenen Bleibe für viele StuttgarterInnen existenziell.

Betroffen von diesen Entwicklungen ist nicht nur das Stadtzentrum: 12 der 30 teuersten Städte Deutschlands liegen in der Metropolregion Stuttgart. Kleinere Städte wie Leinfelden-Echterdingen, Ditzingen und Remseck am Neckar stehen in diesem Negativranking noch vor der Bankenmetropole Frankfurt am Main. Anders als in anderen Großstädten, ist der Wegzug aus dem Stadtkern, um wenigstens halbwegs adäquaten Wohnraum finden zu können, für die StuttgarterInnen also keine Option. In der Folge sind selbst durchschnittlich Verdienende gezwungen in beengten und ungeeigneten Verhältnissen zu leben und dadurch von materieller Armut betroffen.



r i s s

Schaffung von neuem,

teurerem Wohnraum.

Vordem Hintergrund der Wohnraumknappheit

ist die Angst vor einem Verlust der eigenen Bleibe für viele StuttgarterInnen existenziell.



Mieten essen Seele auf: Verdrängung als Folge von Aufwertung

Der Verdrängungsprozess ganzer Bevölkerungsschichten im Zusammenhang mit steigenden Immobilien- und Mietpreisen wird als Gentrifizierung bezeichnet. Damit ist eine Aufwertung von Stadtteilen durch Sanierungen oder Abriss alter Gebäude und Neubau von Einkaufszentren oder Wohnhäusern gemeint. Dieser Aufwertungsprozess geht einher mit Aufwertungen durch die öffentliche Hand etwa durch neue Grünanlagen, Verkehrsberuhigung oder staatliche Förderung von Sanierungen. Von derartigen Prozessen profitieren vor allem SpekulantInnen, die Immobilien in den betroffenen Stadtteilen aufkaufen, um auf steigende Mieten und/oder Verkaufspreise zu setzen. Oftmals findet Gentrifizierung gerade in Stadtteilen statt, in denen die Mietpreise bisher sehr günstig waren. Menschen mit niedrigem Einkommen konnten sich hier Wohnungen leisten, die zwar Mängel hatten, aber bezahlbar und halbwegs zentral gelegen waren. In diesen Stadt-

teilen ist eine größere Steigerung der Gewinnspanne möglich, als in wohlhabenden Vierteln mit besser ausgestatteten Wohnungen. Deshalb gibt es zwischen verschiedenen Städten und Vierteln Unterschiede im Ausmaß der Gentrifizierung. Beispielsweise können die sozialen Verdrängungen in vielen Berliner Stadtteilen kaum mit den Veränderungen in Stuttgart



verglichen werden. Wohnraum in Stuttgart war schon immer vergleichsweise teuer und es konnten qualitative Mindeststandards vorausgesetzt werden. In Berlin hingegen gab es in den frühen 1990er-Jahren viel Leerstand und etliche Häuser waren sehr sanierungsbedürftig. Mit der zunehmenden Attraktivität als Bundeshauptstadt fanden und finden hier radikale Gentrifizierungswellen statt, die so in Stuttgart nicht möglich wären. Auch innerhalb

einer Stadt gibt es große Unterschiede in der Intensität sozialer Verdrängung. Während die Aufwertungen in Stadtteilen wie Stuttgart-Mitte und Killesberg nur geringe

Folgen haben, haben die Umstrukturierungen im Osten der Stadt

und in Heslach

deutlich verhee-

rendere Auswir-

kungen. Stadtteile,

in denen viele ein-

kommensschwache

Familien leben und

lebten werden auf-

gewertet und dadurch

auch für Besserverdie-

nende attraktiv. Die hier-

durch steigenden Mieten

können letztlich von den

bisherigen BewohnerInnen

nicht mehr getragen werden,

die Verdrängung nimmt

ihren Lauf.

Für die Betroffenen bedeutet

die Verdrängung aus ihren Hei-

matvierteln ein Wegbrechen des

sozialen Umfelds, was gerade für

Kinder fatal sein kann und bei älte-

ren Menschen sogar eine Auswirkung auf

haben kann. Da die Gegenden mit

hohen Mieten weiter außerhalb liegen

ren Men-

ihre Lebensdauer

noch irgendwie erschwingli-

und oft eine schlechtere Infrastruktur aufweisen, bedeuten Verdrängungs-

prozesse auch oft längere Wege zu Arbeit, Schule, Uni, Kita oder zur nächs-

ten Einkaufsmöglichkeit. Dies führt auch zu einer Mehrbelastung des ohnehin

desaströsen Stuttgarter Verkehrsnetzes, des ÖPNV und infolgedessen

zu einer stärkeren Belastung von Mensch und Umwelt, ganz zu schweigen

von der Lebenszeit, die für Transportwege aufgewendet werden muss.



Menschen, Umwelt...

Firlefan! Die Logik des Kapitalismus

Letztlich geht es um Geld. Am Immobilienmarkt kann anschaulich nachvollzogen werden, wie das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in dem wir leben funktioniert. Die, die viel Geld haben, investieren, um noch mehr zu verdienen. So wurden im vergangenen Jahr alleine in Stuttgart 1,5 Milliarden Euro von Anlegern und Spekulanten in Immobilien investiert. Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum ist eng verknüpft mit dem kapitalistischen System. Dessen Grundlage ist, dass die Produktionsmittel, also etwa Fabriken und Maschinen, Eigentum der Kapitalistenklasse sind und dass dieses Eigentum zur Ausbeutung der ArbeiterInnen dient, die keine Produktionsmittel besitzen und somit gezwungen sind ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Sie arbeiten also für einen Lohn für die Kapitalisten, diese verkaufen das Ergebnis der Arbeit aber zu einem höheren Preis weiter, als sie für Lohn, Energie und Material ausgeben mussten. Diesen Mehrwert streichen sie selbst ein. Ähnlich verhält sich das mit Immobilien, auch wenn diese keine Produktionsmittel im klassischen Sinne sind. Die EigentümerInnen der Wohnhäuser verlangen von den ArbeiterInnen die tatsächlichen Kosten für die Unterkunft (Baukosten, Instandhaltung, Nebenkosten...), schlagen allerdings noch so viel wie möglich zu, um etwas damit zu verdienen. Gerade Bau- oder Modernisierungskosten, die irgendwann abbezahlt sind, werden dann weiter als Reingewinn einkalkuliert. Mietpreissteigerungen aufgrund von hoher Nachfrage oder hoher Attraktivität des Stadtviertels, werden genauso gerne direkt in die eigene Tasche gesteckt, auch wenn mit ihnen gar keine reale (Nutz-)Wertsteigerung der Immobilie und schon gar kein Einsatz des Eigentümers zusammenhängen.



Und wie das dann nun einmal ist, will, wer erstmal Geld verdient, dieses auch noch weiter vermehren. Gewissermaßen ist dies auch schlicht notwendig, um eventuelle Risiken der bereits bestehenden Geldanlagen abzusichern. Wer beispielsweise Angst vor einem Wertverlust seines Aktiendepots aufgrund einer Wirtschaftskrise hat, sucht sich Anlagemöglichkeiten, die seiner Meinung nach nicht von diesem Risiko betroffen sind, um später nicht ohne Einkünfte da zu stehen.

Dieser Profitzwang ist ein grundlegendes Prinzip des Kapitalismus. Deshalb ist das Kapital immer auf der Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten. Da-

bei werden alle möglichen Bereiche der Gesellschaft privatisiert und nach dem Interesse der Profitmaximierung umgestaltet. Beispiele dafür sind das Gesundheitswesen, Bildungseinrichtungen und Kommunikationsdienstleistungen.

Eine sehr gute Anlagemöglichkeit bietet / ist der Wohnraum, also Immobilien und Grundstücke. Heute ist der Immobilienmarkt sehr eng mit dem Finanzmarkt verknüpft, beispielsweise ist die Deutsche Bank in den USA größter Kreditgeber in der Immobilienbranche. Zudem dienen Immobilien als Spekulationsobjekte, das heißt sie werden gekauft, um sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder teurer zu verkaufen. Das führt auf dem Wohnungsmarkt dazu, dass trotz des hohen Bedarfs an Wohnungen, viele leer stehen, da sich leere Immobilien grundsätzlich besser verkaufen, als vermietete. Dazu kommt, dass vor allem teure Wohnungen neu gebaut werden, da hier der Profit bei der Spekulation höher ausfällt, als bei günstigen Wohnungen, obwohl gerade diese in den Großstädten dringend benötigt werden.

Die großen Akteure sind Banken, Konzerne und Fonds. „Kleine“ Privatvermieter spielen das Spiel oft genug mit, sind aber nicht die treibenden Kräfte. So sind diese zum Beispiel im Eigentümerverband „Haus & Grund“ organisiert und haben entsprechend Einfluss, wesentlich bedeutsamer sind jedoch die großen Player. Hierzu gehören zum einen große Wohnungs- und Baukonzerne á la Vonovia, STRABAG (u.a. Züblin) oder Deutsche Wohnen genauso wie große Banken, einzelne Milliardäre und (ausländische) Investmentfonds, die ihr Geld in die Spekulation mit Wohnraum stecken. Die Kapitalisten nehmen Einfluss auf den Staat, um ihren Besitz und ihre Profite abzusichern und neue, beziehungsweise bessere Möglichkeiten zur Kapitalverwertung zu erschließen. Das Geld und die privilegierte Stellung in der Gesellschaft bieten ihnen die Möglichkeit hierzu: Sie „beraten“ Ministerien und Rathäuser, betreiben Lobbyismus und (legale) Korruption, bezahlen ganze wissenschaftliche Institute und Universitäten zur Erstellung von gefälligen Forschungsergebnissen, und vieles mehr.



Neoliberaler Mief: Politik & Staat

Die Politik ist nichts Neutrales oder über den Interessen stehendes. Sie versucht zwar die Widersprüche zwischen den verschiedenen Klassen abzdämpfen, wird aber letztendlich als Instrument der herrschenden Klasse immer im Interesse derjenigen entscheiden, die Kapital besitzen und investieren.

In der Wohnungsfrage und der (Kommunal-)Politik, zeigt sich das am unge lösten Widerspruch zwischen Bedarf an günstigen, zentral gelegenen Wohnungen und dem Profitinteresse der Haus- und Grundstückseigentümer – häufig genug große Konzerne.

Aufwertungsprozesse werden gefördert, Stadtteile werden durch gezielte Verkehrsberuhigung und angepasste Gewerbestrukturen, wie beispielsweise Bio-Supermärkte oder private KiTas, für Privilegierte attraktiv gemacht. Die Krux hierbei ist, dass eigentlich sinnvolle Projekte, wie die Neuschaffung von Grünflächen, Verkehrsberuhigung der Wohnviertel, et cetera in der kapitalistischen Realität gesellschaftliche Probleme verschärfen, an
l i c h

Ähnverhält es sich mit Renovierungen und Sanierungen: Auch die staatlich geförderten energetischen Sanierungen werden dafür genutzt, Mietpreissteigerungen zu legitimieren und so auf Dauer höhere Profite zu ermöglichen. Ideologisch flankiert wird dieses Vorgehen durch den Neoliberalismus. Das Mantra des schlanken und zurückhaltenden Staates, der haushaltspolitischen „schwarzen Null“ und der „marktkonformen Demokratie“ hat sich in den vergangenen Jahrzehnten in den Amtsstuben und den Köpfen der politischen und wissenschaftlichen Eliten festgesetzt.



Die Gewinner in dieser Wirtschaftslogik lassen sich nicht gerne etwas von uns wegnehmen. Wenn der Druck zu groß wird, können wir durchaus Verbesserungen erstreiten. Es ist allerdings kein Zufall, dass Reformen wie zum Beispiel die Mietpreisbremse, nur geringe Wirksamkeit entfaltet haben. Andere Gesetzesinitiativen, wie das Baukindergeld, fördern letztlich nur Besserverdienende. Der Milieuschutz, ein Mechanismus, um die gewachsenen Strukturen der angestammten Bevölkerung zu schützen, der nach massiven MieterInnenprotesten seit einiger Zeit in Berlin umgesetzt wird, greift schon intensiver in die Eigentumsverhältnisse ein. Doch auch dieser „Lösungsansatz“ verlangsamt den Aufwertungsprozess letztlich nur.

Eine andere Form der Wohnungspolitik kann durchaus auch im hier und jetzt einen enormen Unterschied für die Lebensrealität der Menschen machen. Ein gern genanntes Positivbeispiel ist die österreichische Bundeshauptstadt Wien. Hier befinden sich etwa 32 Prozent der Wohnungen in kommunaler Hand, weitere 26 Prozent im Eigentum gemeinnütziger Träger. Das hat zur Folge, dass die Mietpreise vergleichsweise Moderat sind und auch sozial Benachteiligte einen Zugang zu Wohnraum haben. Wien gilt vielen Politikern von der Partei Die Linke bis zur CDU aber auch parteifreien WissenschaftlerInnen und AktivistInnen als Positivbeispiel. Allerdings muss beachtet werden, dass das Konzept des Wiener Gemeindebaus unter nahezu 100-jähriger links-sozialdemokratischer Mehrheit konsequent durchgezogen werden konnte. Außerdem wurden die Grundsteine für den kommunalen Wohnungsbau in Zeiten gelegt, in denen kommunale Kassen noch das Geld für so etwas haben. Ob solche Ansätze in Zeiten, in denen die kommunalen Kassen klamm gehalten werden und Kapitalisten aggressiv auf der Suche nach verwertbaren Anlagen im Immobiliensektor sind, wirksam durchgesetzt werden können muss bezweifelt werden.

Reformen können durchaus Verbesserungen herbeiführen und haben für die Herrschenden eine Funktion der Befriedung. Sie können aber auch schnell wieder zurückgenommen werden, so lange das dahinterstehende System, die Interessen und Einflüsse bestehen bleiben. Denn der bürgerliche Staat vertritt in erster Linie die Interessen derjenigen, die Kapital besitzen. Gegen diese Herrschaft der Millionäre kommen die Millionen, die ausgebeutet werden trotz Wahlen, Demonstrationen und Parlamenten realistisch betrachtet kaum dauerhaft an. Mit hohem Druck können Zugeständnisse erzwungen werden, das grundlegende Problem entspringt jedoch aus dem Kapitalismus und kann nur durch dessen Überwindung gelöst werden.

Eine wirkliche Lösung der Widersprüche ist nur durch die Überwindung des Kapitalismus möglich.

Klassenkampf von oben

Die Kapitalistenklasse hat die verschiedensten Methoden entwickelt, um die Profitmaximierung sicher zu stellen und ihre Herrschaft zu erhalten. Dazu gehört auch, die immer stärkere Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse, also eine Umverteilung von unten nach oben. Seit Jahren findet eine zunehmende

Prekarisierung statt. Es gibt weniger tarifgebundene Beschäftigte, immer mehr Menschen arbeiten im Niedriglohnssektor. In manchen Bereichen wie Einzelhandel und Gastronomie werden fast nur noch MinijobberInnen beschäftigt. Das Rentenniveau sinkt stetig und auch durch die Einführung des Renteneintritts mit 67 kann mehr Profit aus dem einzelnen Menschen geschlagen werden. Die Einführung von Hartz IV, mitsamt der drohenden Sanktionen und Kürzungen, dient der Disziplinierung der immer größer werdenden Masse an Arbeitslosen und „Aufstockern“. Wer verwertet werden kann und der Profiterzeugung dient, wird zwangsintegriert; Wer dazu nicht fähig ist oder sich schlichtweg verweigert, wird aus der Gesellschaft ausgestoßen.



Die Städteplanung ist eng verknüpft dem Interesse des Kapitals nach Herrschaft zu erhalten. Eine große Rolle

spielt hierbei der Sicherheitsaspekt. Öffentliche Räume werden mehr und mehr kontrolliert, ob durch Überwachungssysteme wie Kameras, durch vermehrte Polizeikontrollen oder private Sicherheitsdienste. Plätze werden umgestaltet, sodass sie gut einsehbar und beleuchtet sind. Bekanntes Beispiel einer solchen Umstrukturierung ist der Marienplatz im Stuttgarter Süden. Der zuvor mit vielen Ecken, Nischen und Bäumen gestaltete Platz wurde Anfang des Jahrtausends radikal umgestaltet. Um die „Drogenszene“ zu verdrängen, wurde eine gut überwachbare Betonwüste geschaffen.

Der Begriff der Sicherheit bezeichnet hier vor allem die Vertreibung missliebiger Personengruppen, seien es DrogenkonsumentInnen, Jugendliche, Roma, MigrantInnen oder Obdachlose. Durch die Vertreibung dieser Gruppen wird das umliegende Viertel aufgewertet. Durch den meist vorgeschobenen „Sicherheitsaspekt“ wird die Bevölkerung außerdem an Sicherheitsmaßnahmen wie Überwachungskameras gewöhnt, was mit dem Ausbau des Sicherheitsstaates korrespondiert.

Eine weitere Methode des Klassenkampfes von Oben in der Städteplanung ist die gezielte soziale Durchmischung von Vierteln, wie sie vor allem in der BRD angewendet wird. Diese Durchmischung soll verhindern dass „soziale Brennpunkte“ entstehen. Sprich, es soll verhindert werden, dass es zu Aufständen wie unter anderem in den Pariser Banlieus kommt.

Spaltung und rechte Hetze

Auch die Diskriminierung von MigrantInnen, Homosexuellen oder Menschen mit Behinderung trägt zur Aufrechterhaltung der Klassengesellschaft bei. Trotz aller Lippenbekenntnisse sind den führenden PolitikerInnen und Managern alle ideologischen Versatzstücke im herrschenden Diskurs recht, die etwa die Schuld an der Wohnungsnot Geflüchteten geben. Auch ansonsten kann es ihnen nur Recht sein, wenn ArbeiterInnen ihre Sicherheit durch Geflüchtete, ihre Kinder durch Homosexualität und ihre Karriere durch die Emanzipation der Frau gefährdet sehen, hindert sie das doch daran, das kapitalistische System an sich in Frage zu stellen und spaltet die ArbeiterInnenklasse stattdessen.

Ähnlich verhält es sich mit rechten und faschistischen Organisationen. In politisch und wirtschaftlich stabilen Zeiten wollen die führenden Köpfe in Politik und Wirtschaft mit Parteien, wie der AfD oder Pseudo-Gewerkschaften, wie Zentrum Automobil nicht nach außen nicht viel zu tun haben. Doch es gibt zahlreiche Beispiele in der Geschichte dafür, dass genau solche Organisationen die Interessen der Kapitalistenklasse gegen die ArbeiterInnenklasse durchsetzen. So etwa die NSDAP, die nach der Machtübergabe die Gewerkschaften zerschlug und ArbeiterInnenrechte abschaffte. Auch aktuell zeigt sich etwa in Österreich wo die FPÖ als „soziale Heimpartei“ an der Regierung nichts Besseres im Sinn hat, als den 12-Studentag zu legalisieren.

Einen interessanten weiterführenden Text hierzu gibt es auf der Webseite der Antifaschistischen Aktion (Aufbau) Stuttgart: www.antifa-stuttgart.org/2016/06/fruehjahr-2016-ich-bin-ja-kein-rassist-aber-doch

Was tun?

Innerhalb des Kapitalismus ist die Wohnungsfrage nicht lösbar. Zum einen dient das Geschäft mit Wohnraum dazu, das Kapital im Fluss zu halten und andererseits setzt sich das Interesse der herrschenden Klasse ihre Macht zu erhalten auch in der Gestaltung der Stadt und ihrer Viertel durch. Erst wenn die Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klasse beendet ist und somit der Widerspruch zwischen den Klassen aufgehoben wird, kann der Wohn- und Lebensraum nach den wirklichen Bedürfnissen der Menschen gestaltet werden.

Dennoch ist es von großer Bedeutung Widerstand gegen die Auswirkungen des kapitalistischen Systems auf den Raum, in dem wir leben, zu leisten. Denn die steigenden Mietpreise bekommen wir direkt zu spüren. Sie führen dazu, dass uns ein immer größerer Teil unserer sowieso schon niedrigen Löhne abgeknöpft wird.

Wie kann dieser Widerstand aussehen?

Zu allererst müssen wir erkennen, dass wir uns bei der Frage nach bezahlbarem Wohnraum nicht auf die bürgerlichen Parteien verlassen können, denn diese handeln im Endeffekt nur in den Interessen der Kapitalistenklasse. Wir müssen aufzeigen, wer von den steigenden Mieten und der sozialen Verdrängung profitiert und die konkreten Protagonisten benennen. Konkrete Initiativen können sein:

16



UNSERE
STADT
KEIN PROFIT MIT WOHNRAUM



>> Aufklärungsarbeit: Nur wenn wir unsere NachbarInnen, KollegInnen, MitschülerInnen, et cetera über die konkreten Vorgänge und die dahinterstehenden Mechanismen informieren, kann der Widerstand wachsen.

>> Organisation: Wenn wir uns als MieterInnen vernetzen und eine kollektive Arbeit entfalten, können wir praktische Verbesserungen durchsetzen.

>> Proteste und Aktionen: Lasst uns gemeinsam auf die Straße gehen. So wird dort wo die Missstände auftreten auch der Widerstand sichtbar.

>> Aktiver Widerstand: Die Formen können vielfältig sein, von der Markierung der Gentrifizierungsakteure bis hin zu Hausbesetzungen

>> Kontinuität entwickeln: Von heute auf morgen ändert sich nichts, wenn man nichts macht schon gar nicht!

Aber auch indem wir uns, zum Beispiel durch Platzbesetzungen, öffentliche Räume wieder zurückerobern, können wir unseren Widerstand zeigen. Damit dieser Widerstand erfolgreich ist, ist es notwendig, dass wir uns organisieren und gemeinsam kämpfen. Auch die offenen Treffen der Initiative Klassenkampf stellen eine Möglichkeit dar euch einzubringen und gemeinsam den Widerstand gegen Gentrifizierung zu organisieren.



Über uns

Du willst aktiv werden? Gegen Mietenwahnsinn, Wohnungsnot und Kapitalismus? Oder auch nur mal reinschnuppern, ins Gespräch kommen? Dann schau bei den offenen Treffen der Initiative Klassenkampf vorbei. Wir sind seit 2013 aktiv gegen zunehmend unsichere und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse, Miet- und Fahrpreiserhöhungen, Schikanen im Jobcenter und Kürzungen im Bildungswesen und im sozialen Bereich. Diese und noch viele weitere Symptome eines nach Profitinteressen ausgerichteten Systems prägen für immer mehr Menschen den Alltag. Dagegen gilt es sich zur Wehr zu setzen – mit Streiks, Demonstrationen und anderen Aktivitäten.

Zu den monatlich stattfindenden offenen Treffen sind alle eingeladen, die sich ebenfalls als MieterInnen, GewerkschafterInnen, ArbeiterInnen, Erwerbslose, SchülerInnen oder Studierende mit anderen austauschen und gemeinsam aktiv werden wollen. Es werden sowohl konkrete Protestaktionen geplant, als auch Diskussionen geführt und Veranstaltungen organisiert. Welche Schwerpunkte wir setzen und zu welchen Bereichen wir als nächstes aktiv werden hängt auch von deinen Ideen und Vorschlägen ab.

Organisieren. Streiken. Kämpfen. Für Solidarität & Klassenkampf!

*Offenes Treffen: Jeden zweiten Mittwoch im Monat um 19 Uhr
Linkes Zentrum Lilo Herrmann (Böblinger Str. 105, Stuttgart)*

r Bereich
d Video
cht



Wohnraum
für alle
statt
Profite
für wenige

Mietenwahnsinn und Wohnungsnot sind in der Region Stuttgart ein existenzielles Problem für Normal- und Geringverdienende. Die dahinterstehenden Profitinteressen einiger weniger Reicher, Banken und Konzerne gegenüber dem bedrohten Grundbedürfnis vieler nach Wohnraum, wirft die Frage auf, wem die Stadt eigentlich gehört. Das und welche Möglichkeiten wir sehen dagegen aktiv zu werden, möchten wir in der Broschüre „Wessen Stadt?“ darlegen.



UNSERE
STADT

KEIN PROFIT MIT WOHNRAUM

Initiative
Klassenkampf

offenes
Treffen

www.initiativeklassenkampf.wordpress.com

BESATZT LEERSTAND BELEBEN